

GELDVERSCHWENDUNG EU

Die EU hat ihren Kredit verloren

Der derzeitige EU-Vorsitz wird von den Österreichern nüchtern beurteilt: In einer Umfrage des Gallup-Instituts für „profil“ sind 49 Prozent der Befragten der Ansicht, dieser sei „eine reine Geldverschwendung“.

53 Prozent der Befragten glauben nicht daran, dass der rot-weiß-rote Vorsitz „maßgeblich dazu beiträgt, gegenwärtige Probleme in der EU zu lösen“. Dabei haben sich Regierung und EU-Bürokratie große Mühe gegeben und ein großes Spektakel abgezogen – auf unsere Kosten. In diesen 6 Monaten werden etwa 80 Millionen Euro aus Steuergeldern ausgegeben, damit EU-Kommissare und Minister freundlich in Kameras lächeln können.

Das hat auch der Wettbewerbsgipfel in Graz gezeigt. Überall war Polizei, Teile der Innenstadt waren abgesperrt. Und bei Empfängen und festlichen Dinern wurde kein Aufwand gescheut. Die steirischen

Politiker wollten besonders originell sein und haben allen EU-Gästen Erzherzog-Johann-Steirerhüte geschenkt. Kleine-Zeitung Redakteur Michael Jungwirth kommentierte: „Seit Donnerstag ist die EU zu Gast in Graz, und man sieht es an allen Ecken und Enden: an den silberfarbenen Audi-Limousinen und Mercedes-Bussen, die die Innenstadt durchkreuzen, am österreichischen EU-Logo auf Fahnen und Tafeln sowie an der Heerschar von Polizisten in Uniform und vor allem in Zivil. Wenn mich nicht alles täuscht, sieht man in Graz fast mehr Polizisten als beim Besuch von George Bush in Brüssel.“

Die Inhalte des Treffens hatten es aber in sich: Die Forschungsausgaben für Atomenergie werden in den

kommenden Jahren verdreifacht! Das führte zu Protesten der Umweltschützer und von Anti-AKW-Organisationen. Die Forderung nach Austritt aus dem Euratom wurde laut.

Und bei der unsozialen Dienstleistungsrichtlinie haben sich die EU-Oberen in Graz in einer „großen Koalition“ auf EU-Ebene darauf verständigt, einen angeblichen Kompromiss nun im Eilverfahren über die Bühne zu bringen. Mit dieser EU-Richtlinie wird einer rigorosen Liberalisierung aller Dienstleistungsbereiche freie Bahn verschafft. Das ist verbunden mit der Gefahr einer beschleunigten EU-weiten Abwärtsspirale im Lohn- und Sozialdumping, bei Umwelt- und Verbraucherschutz.

Die EU hat sich auch in der Steiermark nicht von ihrer besten Seite gezeigt. Kein Wunder, dass die Umfragergebnisse in den Keller gehen.

Franz Stephan Parteder

WER SIND WIR?Steirische
Volksstimme

Die Steirische Volksstimme ist das Sprachrohr des Landtagsklubs der steirischen KPÖ. Hier erfahren Sie mehr über Arbeit und Anliegen der KPÖ und über die Hilfe, welche die Mandatäre leisten. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, fair und objektiv über jene Themen zu informieren, welche die Steirer bewegen.

Die Steirische Volksstimme geht als Regionalmedium kostenlos an zehntausende steirische Haushalte. Sie erscheint vier Mal pro Jahr.

Sollten Sie per Post keine Zeitung bekommen, aber eine haben wollen, dann lassen Sie uns Ihre Adresse zukommen, damit wir Ihnen die Volksstimme zusenden können.

Ganz besonders interessieren uns Ihre Meinungen, Anliegen und Wünsche. Schreiben Sie uns!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus-Hinterhaus, 8010 Graz, Fax. 0316/877-5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

KOMMENTAR

Die steirische KPÖ hat den „Europatag“ am 9. Mai ohne Protestkundgebungen verstreichen lassen. Meinungsumfragen zeigen ohnehin, dass die EU bei uns schon beinahe jeden Kredit verspielt hat. Die hohen Kosten für Jubelveranstaltungen oder für Fernsehspots, in denen EU-Kritiker als dümmliche Hinterwäldler verspottet werden, sind für uns aber ein zusätzlicher Anlass für Kritik. Schließlich zahlen die Österreicher diese Dauerberieselung mit ihrem Steuergeld.

Darauf werden wir immer hinweisen. Denn wir wollen weder gute noch schlechte „Europäer“ sein, sondern die Interessen der arbeitenden Menschen gut vertreten.

Franz Stephan Parteder,
Steir. KPÖ-Vorsitzender



Rund 500 Demonstranten mit Fahnen, Transparenten und Trillerpfeifen zogen am letzten Gipfeltag vom Grazer Hauptbahnhof zum Landhaus. „Eine gerechte Welt ist möglich, nehmt eure Verantwortung wahr“, „Ökologie statt Wettbewerb“ oder „EU - nein danke“, war auf den Transparenten zu lesen. Zu dieser Demo aufgerufen hatte das Aktionsbündnis Solidarität, dem unter anderem die Grünen, die KPÖ und die Eisenbahngewerkschaft angehören.